

KINDERARMUT: BUNDESREGIERUNG MUSS JETZT ENTSCHLOSSEN HANDELN

14. Januar 2014

Als klaren Auftrag der Bevölkerung an die Bundesregierung, das Thema Kinderarmut entschlossen anzupacken und das Regierungstabus der Steuererhöhungen zu beseitigen, bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die heute vorgestellte Studie des Deutschen Kinderhilfswerks. Aus Sicht des Paritätischen muss dabei die Reform der Hartz IV-Leistungen für Kinder und Jugendliche Priorität haben. Der Verband spricht sich für die Erhöhung der Regelsätze sowie eine durchgreifende Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes aus.

„Der Koalitionsvertrag zeigt in Sachen Kinderarmut sträfliche Defizite. Mit der aktuellen Umfrage sind jedoch sowohl die Bildungs- und Teilhabechancen armer Kinder in Deutschland als auch das Thema Steuererhöhungen zurück auf der politischen Agenda“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Angesichts des überwältigenden Rückenwindes in der Bevölkerung sei es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung das Problem der Kinderarmut im Koalitionsvertrag komplett ausgeklammert habe. „Die Bundesregierung kann sich nicht einfach wegducken, sondern muss das Versäumnis des Koalitionsvertrages korrigieren und nun überzeugende Programme zur Bekämpfung der Kinderarmut auflegen“, fordert Schneider. Der Paritätische sagt Familienministerin Schwesig und Arbeitsministerin Nahles jegliche Unterstützung zu, wenn es darum geht, in der Regierung diese Thematik zu bearbeiten und Lösungen durchzusetzen.

Neben der besseren Unterstützung von Alleinerziehenden schlägt der Verband eine Reform des Kinderzuschlags sowie der Hartz IV-Leistungen für Kinder und Jugendliche vor: „Wir brauchen eine kräftige Erhöhung der Kinderregelsätze, eine echte schulische Bildungsoffensive sowie einen Rechtsanspruch für einkommensschwache Kinder auf Teilhabe - vom Sportverein über die Musikschule bis zur Ferienfreizeit mit dem Jugendclub.“ Nach Berechnungen des Paritätischen wären für eine bedarfsangemessene Erhöhung der Regelsätze sowie weitere notwendige Maßnahmen zur verbesserten Teilhabe von Kinder und Jugendlichen jährlich rund zehn Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen notwendig.

Nach der repräsentativen Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks sind 72 Prozent der Bundesbürger der Meinung, dass Politik wenig tue, um Kinderarmut wirkungsvoll entgegenzutreten. 66 Prozent der Bevölkerung wären bereit, mehr Steuern zu bezahlen, wenn dafür wirksam gegen

Kinderarmut vorgegangen würde.

Der Paritätische Gesamtverband ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik. Als Dachverband von über 10.000 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, repräsentiert und fördert er seine Mitgliedsorganisationen in ihrer fachlichen Zielsetzung sowie ihren rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belangen. Durch verbandseigene Institutionen trägt er zur Erhaltung, Zusammenarbeit und Neugründung von Organisationen und Einrichtungen der Sozialarbeit bei.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 24636 305 / Fax: 030 - 24636 110

E-Mail: pr[at]paritaet.org